

Rechte und rassistische Gewalt im Alltag – Wiesbadener Bündnis für Demokratie stellt Plakatkampagne vor.

*Unter dem Facebook-Beitrag einer Wiesbadener Onlineplattform wird gegen Geflüchtete gehetzt. Am Hauptbahnhof beleidigt ein älterer Mann einen Busfahrer als „scheiß Ausländer!“ Schüler*innen benennen den Biologieunterricht in „Rassenkunde“ um.*

Seit Dienstag hängen an 194 Stellen im gesamten Wiesbadener Stadtgebiet Plakate, mit diesen und weiteren Vorfällen. Es handelt sich um körperliche Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen, psychische Gewalt und Mobbing, sowie politisch motivierte Sachbeschädigungen. Die Taten sind rassistisch, antisemitisch, antimuslimisch oder antiziganistisch motiviert.

Die Plakate machen mit zehn unterschiedlichen Motiven jeweils drei der Fälle aus der Meldestatistik sichtbar, die bei der Wiesbadener „Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ oder der Plattform www.hessenschauthin.de gemeldet wurden.

Das Wiesbadener Bündnis für Demokratie und das Mitglied „Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden“ haben die im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus landesweit angelaufene Plakatkampagne nach Wiesbaden geholt.

„Wir wollen, dass diese Fälle nicht im Verborgenen bleiben und auch in der Landeshauptstadt zu sehen sind“ sagt Nicole Nestler, eine der Sprecherinnen des Bündnisses für Demokratie. „Hinter diesen Beispielen stehen zahlreiche weitere Fälle, aber nur ein Bruchteil dieser Fälle schlägt sich in der polizeilichen Kriminalstatistik nieder. Wir müssen uns als Gesellschaft diesem Hass entgegenstellen und dürfen nicht wegsehen. Rechte und rassistische Gewalt fängt nicht erst bei Tötungsdelikten an.“

„Es beginnt mit Aggressionen im Alltag, über verbale Attacken bis hin zu Angriffen auf Leib und Leben. All diese Taten wurzeln in Ideologien, die Menschen aufgrund bestimmter Identitätsmerkmale die Gleichwertigkeit absprechen und in der Konsequenz in tödlichem Hass münden“ erläutert Verena Delto von „Spiegelbild“.

„Gerade auch diskriminierende Kommentare unter Wiesbadener Online Portalen, seien keine Einzelfälle“, beobachtet Gabi Reiter von der Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben in Wiesbaden“ welche die Plakatkampagne in Wiesbaden finanziell gefördert hat und unterstützt. „Hier müssen die Plattformbetreiber und Medien, die entsprechende Artikel online stellen, endlich ihrer journalistischen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und Diskussionen entsprechend moderieren“ so Reiter.

„Das Erkennen der Herausforderungen der alltäglichen Diskriminierung in einem Arbeits- oder Schulalltag, an dem es ohnehin an Herausforderungen meist nicht mangelt, ist nicht einfach“ weiß Delto. Lehrkräfte, Institutionen, Behörden und sämtliche „Personenkreise, die mit Menschen arbeiten“ erhalten deshalb beim Wiesbadener Bildungsträger Spiegelbild, wo die Wiesbadener Anlaufstelle angesiedelt ist, Unterstützung und können sich beraten lassen, um alltäglicher Diskriminierung entgegenwirken zu können. „Neben der Prävention sind wir immer ansprechbar, wenn es darum geht, auf einen aktuellen Fall von Antisemitismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu reagieren oder Betroffene an Beratungsstellen weiter zu vermitteln“ beschreibt Delto das Angebot der Anlaufstelle.

Außerdem können unter dem von der Beratungsstelle response und der Bildungsstätte Anne Frank gemeinsam betriebenen Portal www.hessenschauthin.de ausgrenzende und diskriminierende Vorfälle unkompliziert im Online-Meldeformular eintragen und anonym gemeldet werden.

Auch das Land Hessen hat mit www.hessengegenhetze.de inzwischen eine Meldestelle eingerichtet. In letzterem Fall werden die gemeldeten Fälle auch auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft und ggf. auch strafrechtlich verfolgt.